

Arbeiterblatt

der
PROLETARISCHEN VEREINIGUNG ÖSTERREICHS

Nummer 11

Dezember 1950

Der Preis- und Lohnpakt und die Börse

"Österreich hat schwere Tage hinter sich" - das sind die Worte des Ministers für kapitalistische Sicherheit Helmer nach dem Zusammenbruch des Generalstreiks. Die Börse urteilt anders.

"Aufwärtsbewegung aller Kurse an der Wiener Effektenbörse", meldet die Neue Zürcher Zeitung 9.10. (Abendblatt). "Auf dem Aktienmarkt haben 15 wichtige (österreichische) Gesellschaften seit vergangenen Freitag einen durchschnittlichen Gewinn von 6% erzielt", meldet sie am 12.10. (Abendblatt). Nach dem Mit Hilfe von SP und Gewerkschaftsbürokratie durchgedrückten Lohnraubgesetz rechnen die Ausbeuter mit höheren Profiten, höheren Dividenden. Das bedeutet das Steigen der Kurse der österreichischen Aktien. Diese Tatsache - äusserst wichtig in diesem Zusammenhang hat die AZ den Arbeitern zu berichten "vergessen"... Da habt Ihr einen deutlichen Beweis, dass sie Euch bewusst betrügen, bewusst verraten.

So schauen die "Siege" aus, der sozialdemokratischen und der gewerkschaftlichen Bürokratie es sind Siege gegen das Proletariat, zu Gunsten der Ausbeuter, für Judaslohn an die Verräter.

Die österreichische Bundesregierung liess das neue Preis- und Lohnabkommen gut, "das eine durchschnittlich 10%ige Lohnerhöhung bewilligte, gleichzeitig aber die Preise um 20-25% hinaufschnellen liess, was im Endeffekt

einem Lohnabbau von 10-15% entspricht", schreibt die kapitalistische Zürcher Woche, 13.10. Ein Abbau unserer Hungerlöhne um 10-15%, ja das bringt dieser Pakt, von dem sie bewusst lügen, dass die Lohnerhöhung die Preiserhöhungen ausgleiche. Die Ausbeuterklasse hat Grund, zufrieden zu sein. Sie spart nicht mit Lob für ihre sozialdemokratischen und gewerkschaftsbürokratischen Gehilfen, ohne die sie den Lohnraub nicht hätte verwirklichen können.

Und wie steht es um die "Zukunft"? Die "Internationale Wirtschaft", das Organ der Bundeshandelskammer, deutet schon an, dass Bergbau, Eisenindustrie und Textilwerke die Kostensteigerung nicht aus eigenem Verdo tragen können", berichtet die Deutsche Zeitung, Stuttgart, 7.10.

Die Erklärung der Industriellen Vereinigung (AZ 12.10.) unterstreicht das: "Sämtliche Industriebetriebe werden aufgefordert, Preissteigerungen aus dem Titel des Lohnabkommens unbedingt zu unterlassen. Aber eine grosse Anzahl von Rohstoffen sind auf dem Weltmarkt sprunghaft gestiegen. Hievon werden auch Verbrauchsgüter des Arbeiterhaushalts betroffen. Diese zum Teil nennhafte Kostensteigerung können die betreffenden Industrien nur vorübergehend auf sich nehmen".... Erforderlich sei eine "Zunahme des Sozialprodukts durch Steigerung der industriellen Leistung", liess: der Arbeitsleistung....

Die Ausbeuter werden also die Preise weiter steigern! Sie wissen,

was von dem Phrasengebesch der Böhm und Co "Wir werden auch mit den Preistreibern abrechnen!" zu halten. Die Judas haben den Ausbeutern gegen die Arbeiter zu helfen: dazu würden sie in die Ausbeuterregierung hereingekommen; das ist ihre Aufgabe darin; für das Erfüllen dieser Aufgabe bekommen sie ihren Judaslohn, die hohen Aemter, das hohe Einkommen, die Ehren und alle möglichen Vorteile für sich und ihre Sippschaft.

x x x x

Dass die spontane Abwehraktion der Arbeiter mit einer schweren Niederlage geendigt, daran trägt die Kämpfpartei volle Mitschuld, doppelt ist sie mitschuldig.

Sie hat sich nicht bemüht, die Massen durch Überzeugen für den Kampf zu gewinnen, sondern gestützt auf Stalins Bajonette ging sie darauf aus, sie zum Kampf unter stalinbürokratischer Führung gewaltsam zu zwingen.

Mehr noch. Es ging ihr nicht um die Abwehr des Lohnraubs. Sondern sie wollte die berechnete Abwehraktion der Arbeiter ausnützen, um auch in Oesterreich jenes stalinbürokratische System der Vergewaltigung der Massen aufzurichten, das sie als "Volksdemokratie" vorlügt".

Die Massen erkannten das. Mit Recht haben sie der "volksdemokratischen" Avantgarde die Gefolgschaft versagt.

Die Kämpfagenten mussten vergewaltigen. Befehlsgemäss mussten sie eilig handeln. Zur Stärkung der durch die koreanische Niederlage geschwächten Position der Stalinbürokratie bedurfte der Krewl schleunigst einer "volksdemokratischen" Massenaktion.

Der Abwehrkampf war notwendig, Ihr müsst ihn fortsetzen. Bei diesen Hungerlöhnen könnt Ihr nicht leben. Wenn Ihr Euch nicht wehrt, wenn Ihr nicht kämpft, werden Eure Löhne noch tiefer und immer tiefer gedrückt werden! Für die kapitalistische Lohnrauboffensive gibt es keine Grenze als Euren Widerstand, Euren Kampf!

Diesmal seid Ihr unterlegen. Sollt Ihr, dürft Ihr deshalb den Kampf aufgeben? Nie und nimmer! Aber aus der Niederlage müsst Ihr lernen! Ihr müsst lernen, wie es nächstens besser zu machen!

Wer Euch zur Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie anleitet, führt Euch immer wieder in Niederlagen. Das tun SP, LP, Gewerkschaftsbürokratie. Auch die KP hat zum nächsten Ziel die "(bürgerlich) demokratische Union" die Koalition mit jenen Ausbeutern, die zu einer dem Krewl entgegenkommenden Politik - auf Kosten der Massen! - bereit wären.

Wer Euch zu nationalistischer Politik anleitet, führt Euch immer wieder in Niederlagen. Nicht anglo-amerikanisch-imperialistische, nicht stalin-russisch-nationalistische, nicht österreichisch-nationalistische ausgerichtete Politik brauchen die Arbeiter, sondern eine Politik, die grundlegend stets ausgerichtet ist nach den allen Arbeitern der ganzen Welt dauernd gemeinsamen Klasseninteressen. Gewiss, die besondern Bedingungen des jeweiligen Kampffelds, worauf Ihr gerade kämpft, also im vorliegenden Fall die besondern Bedingungen Oesterreichs, müssen immer sorgfältig berücksichtigt werden, aber stets auf der Grundlage der dauernd gemeinsamen Kampfbedingungen der internationalen Arbeiterklasse.

Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, nationalistische Politik - das sind die tiefsten Ursachen aller proletarischen Katastrophen seit 1914. Nicht Koalition mit der Bourgeoisie - sondern konsequenter Kampf gegen die Bourgeoisie! Nicht nationalistische Politik - sondern Klassenpolitik, Arbeiterpolitik, proletarisch-internationale Politik, Politik nach den gemeinsamen Interessen der Arbeiter aller Länder und, unter Führung der Arbeiterklasse, nach den Interessen auch der mit ihr verbündeten armen Bauern und Kleinbürger der ganzen Welt, sowie der unterdrückten, ausgebeuteten Volksmassen aller Länder! Kehrt zurück zur Politik des international ausgerichteten Klassenkampfes, zur alten Grundlinie des proletarischen Kampfes, die die verräterische Arbeiterbürokratie verlassen hat. Das ist die Hauptlehre aller Eurer Niederlagen seit fast 40 Jahren.

SP, LP, KP können von ihrer Verratspolitik nicht lassen. Sie sind nicht mehr Parteien der Arbeiterklasse, sondern Parteien der entarteten, verkleinbürgerlichten Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie die für ihre selbstsüchtigen Interessen die Kampfkraft der Massen politisch, gewerkschaftlich, genossenschaftlich ausschmarotzen. Diese Parteien sind unheilbar. Auch die degenerierte Gewerkschaftsbürokratie ist unheilbar. Ihr dürft Eure Kämpfe weder diesen Parteien, noch der verräterischen Gewerkschaftsbürokratie anvertrauen.

Zum Kämpfen braucht Ihr eine Euch zuverlässige Kampforganisation. Also müsst Ihr selbst sie Euch schaffen! Bildet in jedem Betrieb ein von SP, LP, KP, Gewerkschaftsbürokratie unabhängiges Aktionskomitee. Das muss Euer nächster Schritt sein. Im Verlauf Eurer Kämpfe werden die Aktionskomitees immer engere Fühlung nehmen, werden sie sich schliesslich zur Or-

ganisation der Aktionskomitees zusammenschliessen. So werdet Ihr Euch die unumgänglich notwendige, Euch zuverlässige, von Euch stets kontrollierte Kampforganisation ausbauen.

Zum zentralen Anleiten aller Eurer Kämpfe, in allen Fragen, an allen Fronten braucht Ihr als Berater, als Führer eine Euch Durch und durch ergebene, zielklare Partei. Sie muss von den klassenbewusstesten Arbeitern aufgebaut werden, und zwar unter Garantien, die die Erfahrung der vierzigjährigen Entartung berücksichtigend, Euch gegen eine dritte Wiederholung des Degenerationsprozesses sichert. Mit einem Wort, Ihr müsst Euch aufbauen, die proletarischdemokratische Arbeiterpartei.

So werdet Ihr die politischen Parasiten vom Leib abschütteln, die Eure Kampfkraft für die egoistischen Interessen der Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie ausschmarotzen.

So schafft Ihr Euch die unumgänglich notwendigen neuen Organisationen zum wirksamen, erfolgreichen Führen Eurer Kämpfe.

x x x x x x x x x x

Keine Illusionen!

Bei weitem höhere Gehälter; mehr, bessere, billigere Lebensmittel, Konsumgüter; schönere, billigere Wohnungen; Autos - diese und andere Vorrechte hat sich die Titobürokratie gesichert.

Die jugoslawischen Arbeiter darben. Ihre Unzufriedenheit wächst. Um sie zu "beruhigen", hat die Titobürokratie ihre Vorrechte in der Rationierung und Verteilung für diesen Winter aufgehoben. Ändert diese den Massen entgegenkommende, lobenswerte Massnahme den Charakter des Titoregimes? Ganz und gar nicht.

Als im 1. Weltkrieg der Groll der Massen anzuschwellen begann, führte die Habsburgermonarchie den Mieterschutz ein. Die Massen sollten "besänftigt" werden, damit der habsburgische Raubkrieg weitergeführt werden könne. Der Mieterschutz änderte nichts am massenfeindlichen Charakter der Habsburgdiktatur.

Nur einen kleinen Teil ihrer wirtschaftlichen Vorrechte gibt die Titobürokratie auf, und nur vorübergehend. Von ihren bei weitem wichtigeren politischen Privilegien jedoch gibt sie gar nichts auf: ohne Kontrolle durch die Arbeiterklasse herrscht, diktiert sie und will sie weiter herrschen, diktieren, gegen die Arbeiterklasse! Der vorübergehende Verzicht auf einen Teil ihrer Wirtschaftsprivilegien ändert nicht den antiproletarischen, antisozialistischen Charakter der Titodiktatur. Die Arbeiter dürfen sich von niemandem durch noch so schöne "sozialistische" Worte täuschen lassen

Worauf, entscheidend, kommt es an?

Darauf, dass in Staat und Wirtschaft die Arbeiterklasse entscheidet, bestimmt, kontrolliert! Darauf, dass in Betrieb, Gewerkschaft, Partei, Staat, Wirtschaft ehrliche proletarische Demokratie besteht, lebt, wirkt. Ihren höchsten Ausdruck aber muss die Arbeitendemokratie haben im Arbeiterrat.

Nur durch konsequenten Kampf gegen die Ausbeuterklasse kann das Proletariat sich und die mit ihm verbündeten armen Bauern und Kleinbürger sowie die ausgebeuteten, unterdrückten kolonialen Volksmassen von Ausbeutung und Knechtschaft befreien. Darum schliesst der Arbeiterrat die Ausbeuterklasse aus. Ausbeuterelementen gibt er

weder aktives, noch passives Wahlrecht.

Dagegen lässt er die sozialdemokratische, labouristische, stalinistische und die entartete gewerkschaftliche Bürokratie grundsätzlich zu, mit voller Gleichberechtigung im Wahlrecht, aktiv und passiv. Obwohl sie die Arbeiterklasse politisch ausschmarotzen, obwohl sie Verräter sind am Proletariat, am Sozialismus. Sie haben das volle Recht zu Kritik, Propaganda, Organisation, Presse, Agitation, kurz volle politische Freiheit im Rahmen der durch den Arbeiterrat mit Mehrheit beschlossenen Gesetze. Nur in dem Masse, als die Massenteile, die ihnen Vertrauen schenken, mit Hilfe der zielbewussten, beharrlichen Arbeit der klassenbewusstesten Elemente des Proletariats, das ist mit Hilfe der proletarischdemokratischen Arbeiterpartei, die Verräterrolle der SP, LP, KP, Gewerkschaftsbürokratie erkennen, nur in dem Masse als die so ihrer Interessen immer bewusster werdenden Massen ihnen das Vertrauen entziehen, dadurch allein werden die politischen Schmarotzer, Judasse aus dem Arbeiterrat verschwinden.

In Titojugoslawien gibt es ein ("Volks")-Parlament, aber keinen Arbeiterrat! Die Titobürokratie prollt die Arbeiter um das wichtigste politische Recht, über ihr Schicksal selbst zu entscheiden, zu bestimmen, die Regierung zu wählen, zu wechseln, Staatsapparat, Wirtschaftsapparat dauernd, wirksam zu kontrollieren.

Eine proletarische Klassenopposition wird in Titonien nicht geduldet, die proletarischen Revolutionäre werden schwer verfolgt.

Auch die kleinbürgerliche Opposition der SP, KP wird unter-

drückt, ausgeschaltet.

Das Ausbeuterbudget

Ja, die Titobürokratie regiert gegen die Ausbeuterelemente, die mit den Naziimperialisten paktierten. Aber sie benützte den nationalrevolutionären Freiheitskampf, den sie leitete, um sich auf dem Rücken der Massen aufzuschwingen zur bürokratischen Diktatur, auch gegen die Massen.

Eine Partei, der es mit dem Kampf gegen die Ausbeuter-, Unterdrückerklasse wirklich, voll Ernst ist, die muss das Allerwichtigste wollen, verwirklichen, ohne das alles andre unzulänglich, ja Schwindel ist; sie muss für die Lösung kämpfen, muss die Lösung verwirklichen: Alle Macht den Arbeiterräten! Sie muss aufrichten den proletarischdemokratischen Staat, in dem die Arbeiter, Angestellten, niederen Beamten, armen Bauern und Kleinbürger, diese ungeheure Volksmehrheit, unter Führung der Arbeiterklasse, dauernd über ihr eigenes Schicksal selbst entscheiden, bestimmen und die Durchführung der von ihnen beschlossenen Gesetze durch Regierung, Staatsapparat, Wirtschaftsapparat ständig, wirksam kontrollieren. Davon ist in Tito-Jugoslawien keine Spur.

Eine gegen Arbeiterklasse, gegen Sozialismus, gegen die internationale proletarische Revolution gerichtete Diktatur - das ist eben auch die Titodiktatur - verliert nicht antiproletarischen, antisozialistischen, antirevolutionären, antiproletarischdemokratischen Charakter, weil sie - um sich weiter zu behaupten - den Massen in dieser oder jener Teilfrage entgegenkommt.

Keine Illusionen!

In den Jahren der ersten Republik benötigte der kapitalistische Staatshaushalt ein bis zwei Milliarden Schilling, eine Summe, die hauptsächlich die Arbeitenden aufbringen mussten, während die Reichen mit den Riesengewinnen so wie heute nur einer lächerlich geringen Besteuerung unterworfen wurden.

Für das Jahr 1950 aber braucht der Staat 12,2 Milliarden, also 6 - 12mal so viel!! Dieses unaufhaltsame Wachsen der Budgetziffern steht in keinem Verhältnis zum Einkommen der breiten arbeitenden Massen. Deren Einkommen ist höchstens um das 3 - 4fache gestiegen, trotzdem sind sie es wieder, die die Hauptlast tragen müssen: 1,4 Milliarden S Lohnsteuer, 2,3 Milliarden Warenumsatzsteuer, dazu der Zoll, der die Waren ebenfalls verteuert, die Tabaksteuer und andere versteckte Steuern, das alles holt man aus ihnen heraus.

Die Leistungen an die Bedürftigen sind sehr gering, dort spart man, wo man kann. Dafür betreibt die hohe Staatsbürokratie einen riesigen Luxus. Tag für Tag werden neue Skandale aufgezeigt.

Den Reichen jedoch werden in verschiedener Form Steuern geschenkt, so zum Beispiel: Das Investitionskapital wird nicht besteuert. Darunter versteht der Eine den Ankauf eines Luxuswagens, der Andere den Bau einer Villa usw. Eine andere Form sind die verschiedenen Subventionen und schliesslich war die letzte Steuerherabsetzung ein Geschenk von vielen hunderten Millionen an die Besitzenden.

Das Volkseinkommen ist gestiegen, aber die eigentlichen Produzenten, die Arbeiter, haben nichts davon. Ihre höheren Leistungen kommen nur den Besitzenden zugute. Und das soll "unser Staat" sein, wie es uns die SP und Ge-

werkschaftsbürokratie einreden will!!!

Nein! Unser Staat kann nur ein Staat sein, in dem jede Ausbeutung unmöglich ist, ein wirklich proletarisch-demokratischer Staat.

"Linkssozialisten"

Anlässlich des zweiten Kongresses der Linkssozialisten schreibt der "Neue Vorwärts" in Nr. 45:

...Bei der Errichtung der zweiten Republik 1945 war der Kapitalismus "entmachtet", wirtschaftlich und moralisch zerrüttet und der Staatsapparat "zerschlagen". Breite Volksmassen über den Rahmen der beiden "Arbeiterparteien" hinaus erwarteten, dass ein neues revolutionäres Oesterreich entstehen werde! Dass sich der "Volkskapitalismus" in Oesterr. wieder aufrichten konnte, diese Schuld schiebt Herr Scharf den westlichen Besatzungsmächten und der rechtssozialistischen Führung zu. Er verschweigt aber, welche entscheidende Rolle die Stalinbande 1945 spielte, und noch immer spielt: dass sie und vor allem sie es war, die alles Erdenkliche und Niederträchtige tat, damit die österr. Bourgeoisie am Leben blieb. Er verschweigt das Verschleppen von tausenden Männern und Soldaten, die sich auf dem Weg in die Heimat befanden, oder von solchen, die bereits zu Hause waren. Ebenso die Politik der darauffolgenden Jahre, die alles andere als eine proletarische war und ist. Und wenn Herr Scharf von der Schuld der Führung der Rechtssozialisten spricht, dann möge er eines dabei nicht vergessen, dass er diese Gaunerpolitik 3 Jahre hindurch mitgemacht hat und sie heute im Fahrwasser der Stalinbande konsequent weiter betreibt. Es ist damit nicht abgetan, die Broschüre: "Ich darf nicht schweigen" herauszugeben, wenn für die Bourgeoisie

bereits die grösste Gefahr, liquidiert zu werden, vorüber ist. Er hat zu lange geschwiegen. Wenn man vom Hainfelder-Programm nur spricht, die Kampftradition der alten SP lobt, ständig Otto Bauer, der alles nur kein Freund des proletarischen Staates war, zitiert, aber vom wirklichen Kampf der Arbeiterklasse schweigt, dann ist das ebenso Verrat an den Arbeitern.

Dass die bürgerliche Demokratie durch die proletarische abgelöst werden muss, damit die entscheidenden Produktionsmittel in die Hände der Arbeiter und armen Bauern gelangen, darüber schweigt Herr Scharf wie das Grab, denn er weiss, dass die proletarische Demokratie nicht nur die Kapitalisten mit den Traditionssozialisten, sondern auch die Kremelbande mit ihren Lakaien in allen Ländern verschlucken wird, weil sie alle zusammen die Werktätigen an das Kapital fesseln und verraten, auch wenn sie sich noch so arbeiterfreundlich gebärden.

Kehre vor der eigenen Türe

Die stalinhörigen Blätter haben uns in der Vorwoche vieles von dem Luxusklub der SP-Bonzen in der Strudelhofgasse berichtet. Nun hören wir, was ein Schweizer Blatt /die Tat vom 9.XI.1950/ von den anderen Schmarotzern der Arbeiterklasse schreibt:

"Moskau, die Stadt der Millionäre!"
".....Da gibt es ein Luxusrestaurant, "Ararat", wo die Portion Lammfleisch 100.- Rubel kostet, der dazu servierte (natürlich französische) Sekt 200.- Rubel, das ist zusammen der doppelte Wochenlohn eines gelernten Arbeiters. Wer sind die Gäste? Nun, wer in der U.S.S.R. Geld hat: Hohe Funktionäre der Staatswirtschaft, Angehörige der Parteibürokratie, Künstler, Literaten, stiernackige Generäle mit breiten Ordensschnallen und Schulterstücke wie Bügelbretter, Gattinnen der Machthaber oder selbst solche, wie die Direktorin der Mos-

kauer Staatsbahnen, die Ministerin für Textilindustrie, Architektinnen, Filmschauspielerinnen etc, etc..." Das Blatt schreibt weiter: "...Es gibt heute im Lande Stalins eine Unmenge vermögender Leute, und es ist kein Geheimnis, dass Moskau allein einige hundert Millionäre zählt, Monats-einkommen von 10.000 - 20.000 Rubel für die leitenden Funktionäre des riesigen Apparates, Prämien für Sonderleistungen und Erfindungen ermöglichen die Ansammlung neuer Vermögen. Vom Ausländerhotel "Moskva" angefangen über das lukullische "Aragvi", das "Metropole" bis zum "Bakklub" und dem feudalen "Uzbekistan" gibt es die verschiedensten eleganten Nachtlokale. Sie bieten kraft ihrer Preise dem exquisiten (d.h. auserlesenen, d.Red.) Gast die Sicherheit, nur Angehörige der eigenen Schicht zu treffen, jener grossen Führungs-AG, auf der das System beruht. -

Zweiterlei Grundmesser!

Der Parteitag der SP hatte alles Lob der bürgerlichen Blätter, sein Bekenntnis zum (kapitalistischen) Staat, sein Bekenntnis zur Koalitionspolitik mit dem Klassenfeind hatte ihm dies eingetragen. August Böckel sagte einmal von sich und seiner Partei, der damaligen SP: "...Wenn ich von der Kapitalistenklasse gelobt wurde, wusste ich, dass ich eine Eselst gemacht hatte und dann haben die Partei und ich alles getan, um die Scharte wieder auszubessern..." Heute werden die SP und Gewerkschaftsbürokratie geradezu mit Lob überhäuft.

+ Damit drückt die ihre Zufriedenheit mit SP und Gewerkschaftsbürokratie und deren verräterischen Politik gegenüber der Arbeiterklasse aus,

+ Kapitalisten)

Wo ist die wirkliche Macht!

Viele Arbeiter und Arbeiterinnen meinen, daß im Parlament durch die gewählten Vertreter, die wirkliche Macht ihren Ausgangspunkt nimmt.

Wir haben schon oft aufgezeigt, daß die tatsächlichen Entscheidungen wo anders gefällt werden. Hören wir was die "Neue Wiener Tageszeitung" das Organ des Bürgertums, von 9. November 1950 darüber sagt: "...Es ist jetzt sehr modern, die Kammern zu schelten und ihnen vorzuwerfen, daß sie Aufgaben erfüllen, die dem Parlament zustehen. Man mag diese Entwicklung bedauern, wundern kann man sich darüber nicht. Auch für das Staatsleben gilt das Naturgesetz, daß das Gleichgewicht bei politischen Fragen: die Lösung - nur um den Schwerpunkt herum entstehen kann, denn die gestrige Debatte hat kaum den Beweis erbringen können, daß er im Parlament liege. Eigentlich muß man froh sein, daß hüben und drüben in den wirtschaftlichen Interessenvertretungen Männer stehen, die auch die schwierigsten Probleme, die ihnen anvertraut wurden, zu bewältigen vermochten. Auf rein parlamentarischer Ebene hat man bisher nur die Wohnbaufrage zu lösen versucht. Sie ist bis heute offen geblieben. Wird der Nationalrat künftig mit mehr Geschick und Glück an sie herantreten? Nach dem gestrigen Auftakt muß man sehr befürchten, daß sich die Vorhersage des Präsidenten Raab beim ersten Kamertag erfüllen werde, er sähe die Zeit wiederkommen, da man die Kammern um Vorschläge zur Lösung solcher wichtigen Probleme ersuchen werde

Ja hätten die Arbeiter eine richtig proletarischdemokratische Vertretung, dann würde ihnen diese immer wieder klarmachen und aufzeigen, daß das Parlament nur eine "Schwatzbude" ist und den Zweck hat, die Arbeiter zu täuschen und zu verwirren. Der wahre Schwerpunkt der Macht der Arbeiterklasse liegt nicht im Parlament, sondern bei den Massen in den Betrieben und auf der Strasse. Darum ist es höchste Zeit, daß wir darangehen, uns die Führung zu schaffen, die es versteht und die gewillt ist, die Kraft der Massen richtig auszunützen und die Arbeiter zum Sieg über die Ausbeuter zu führen.

DARUM ARBEITER HELFT MIT DIE PROLETARISCHDEMOKRATISCHE ARBEITERPARTEI ZU SCHAFFEN!